

Austerity und Kokain

Bolivians Wirtschaftsaufschwung und seine Kehrseiten

Der dünn besiedelte, lange Zeit politisch sehr instabile Andenstaat Bolivien hat in den letzten Jahren erstaunliche Erfolge bei der Stabilisierung der Wirtschaft erzielt. Die Inflation wurde gestoppt, die Währung ist die stabilste Lateinamerikas. Die wirtschaftliche Konsolidierung ging allerdings weithin auf Kosten der breiten Masse der Bevölkerung. Vor allem die Kirche fordert von der bolivianischen Regierung jetzt deutlichere soziale Akzente.

Es ist ein Verdienst des amerikanischen Präsidenten George Bush, im ersten Jahr seiner Regierung ein Konzept zur Drogenbekämpfung entwickelt zu haben, das sich nicht wie bisher nur auf Anbau, Herstellung und Handel mit Rauschgift in fernen Dritte-Welt-Ländern konzentriert, sondern den Konsum und damit die Suchtbekämpfung im eigenen Land in die Programme miteinbezieht. Damit ist die amerikanische Regierung von der Vorstellung abgerückt, eine wirksame Drogenbekämpfung „draußen“, im Fall der in Amerika meistgefragten Droge Kokain also in den Hersteller- und Vertriebsländern Südamerikas, löse das Problem im Innern nach dem Motto, was nicht wächst, kann auch nicht verkauft und konsumiert werden. Doch auch in Bushs Anfang September 1989 spektakulär erklärtem Drogenkrieg werden Kolumbien, Peru und Bolivien sozusagen das Hauptkampfgebiet sein. Diese „Angebotsländer“ haben ihre eigene Sicht des Problems, die vielleicht weniger komplex, aber von ebenso vitalen Interessen bestimmt ist.

Wirtschaftsaufschwung im rückständigsten Land Lateinamerikas

In den schwachen Volkswirtschaften Perus, Boliviens und Kolumbiens spielt das illegale bis halblegale Rauschgiftgeschäft eine – wenn auch unterschiedlich – große Rolle. Das seit Jahren von Gewalt und Terror erschütterte Kolumbien ist von den dreien das wirtschaftlich stärkste Land und bezieht seine Exporterlöse etwa in gleicher Höhe aus den offiziellen Ausfuhren und den illegalen Marihuana- und Kokain-Exporten; dort aber haben sich die Drogenkartelle zu einem bedrohlichen politischen Destabilisierungsfaktor entwickelt.

Peru, das etwa 50 Prozent des Rohstoffs für Kokain, die Blätter der Koka-Pflanze liefert, treibt gegenwärtig mit und ohne „Narco-Dollars“ dem wirtschaftlichen Ruin zu und wird politisch von dem erfolglosen Kampf gegen die Guerilla des „Leuchtenden Pfads“ aufgerieben. Ausgerechnet Bolivien, das ärmste und rückständigste Land Südamerikas, kann indes in letzter Zeit eine erfolgreiche politische und wirtschaftliche Entwicklung vorweisen, die internationale Anerkennung findet.

Bolivien als Beispiel, „wie man sich selbst helfen kann – mit Opferbereitschaft und Durchhaltevermögen“, so sieht

es nicht nur „Die Welt“ (5.8.89). Der südamerikanische Binnenstaat, der jahrzehntlang eigentlich nur – mit seinem im Andenhochland gelegenen Titicacasee – touristische Erwähnung fand oder wenn ein Putsch der langen Liste der Staatsstrieche einen weiteren hinzufügte, scheint sich in den letzten drei Jahren politisch geordnet und wirtschaftlich stabilisiert zu haben – jedenfalls für den Augenblick.

Als der 78jährige Victor Paz Estenssoro 1985 die Regierung übernahm, hatte der Andenstaat die höchste Inflationsrate der Welt: 24 000 Prozent. Der früher linksorientierte Politiker, unter dessen Regierung in den 50er und 60er Jahren das allgemeine Wahlrecht eingeführt, der Zinnbergbau verstaatlicht, eine Schul- und Agrarreform eingeleitet wurde, und seine Nationale Revolutionäre Bewegung (MNR) gingen damals ein informelles Bündnis mit der stärksten Oppositionspartei, der Demokratisch-Nationalistischen Aktion (ADN) des ehemaligen Diktators Hugo Banzer (1971–78), ein. Vorrangiges Ziel dieser Regierung war von Anfang an die Bekämpfung der Inflation, die Konsolidierung der aus den Fugen geratenen Volkswirtschaft. Politisch präsentiert sich das Land seitdem als formale, in wesentlichen Bereichen nicht eigentlich funktionierende Demokratie (was allerdings auch in anderen Ländern Lateinamerikas zu beobachten ist). Die Fixierung aller Kräfte auf die Wirtschaftspolitik brachte Bolivien jedenfalls eine Phase politischer Beruhigung.

Innerhalb von drei Jahren rigoroser Sparpolitik bei Aufgabe aller Marktkontrollmechanismen konnte die Inflationsrate vorübergehend sogar auf unter 10 Prozent gedrückt werden und pendelte sich in letzter Zeit bei 15 Prozent ein. Bolivien hat heute die stärkste Währung des Subkontinents und zahlt Zinsen und Tilgung seiner Auslandsschulden (mit 4,6 Milliarden Dollar bei einer Bevölkerung von 6,5 Millionen die höchste Pro-Kopf-Verschuldung Lateinamerikas) pünktlich. Nach einer Periode rückläufigen Wachstums (1982–86) wurde 1988 ein Zuwachs von 2,8 Prozent erreicht, der damit leicht über dem Bevölkerungswachstum von 2,5 Prozent lag.

Das Bündnis zwischen Paz Zamora und Banzer

Im August dieses Jahres wurde, weil bei den direkten allgemeinen Wahlen vom 7. Mai keine erforderliche Mehrheit zustande gekommen war (50 Prozent plus eine Stimme), in einem zweiten Wahlgang von beiden Parlamentskammern der Kandidat der Revolutionären Linken (MIR), Jaime Paz Zamora, zum Präsidenten gewählt, und zwar ausgerechnet mit Unterstützung der rechtsgerichteten ADN Banzers. Die MIR war von Paz Zamora in den 70er Jahren unter der Militärdiktatur und gegen diese gegründet worden. Die Mai-Wahlen waren, was den eigent-

lichen Wahlakt anging, die saubersten in der bisherigen Geschichte Boliviens; in den von ADN, MNR und MIR bestellten Wahlgerichtshöfen soll es allerdings dann trotzdem zu Manipulationen gekommen sein, die die Linke etwa 10 Parlamentssitze gekostet haben sollen. Das amtliche Ergebnis: 40 Sitze für die MNR, 38 für die ADN, 32 für die MIR; die rechtsgerichtete Condepa erhielt 9, die linksradikale IU 10 Mandate.

Die überraschende Koalition des neuen Präsidenten mit General Banzer deutet auf eine *Entideologisierung der Parteien* zugunsten eines politischen Pragmatismus hin, dessen Hauptaugenmerk wiederum der Wirtschaft gilt. Der 50jährige Paz Zamora genießt als Vertreter einer neuen, selbstbewußten Politikergeneration Ansehen, von einem Teil seiner enttäuschten linken Anhängerschaft wird ihm jedoch opportunistisches Machtstreben unterstellt. Er hätte auch mit dem Teufel paktiert, heißt es in La Paz. Für Banzer, intelligent und politisch erfahren, kann das gleiche gelten. Er wollte, gedrängt von der Armee und einem Teil der Unternehmerschaft, zum mindesten mitregieren. Dies ist ihm schon bei der Regierungsbildung auf eindrucksvolle Weise gelungen: seine Partei stellt 9 von 18 Ministern (darunter Finanzen, Äußeres, Verteidigung, Information, Bergbau, Transport und Kommunikation, Landwirtschaft). 8 Minister sind MIR-Mitglieder oder stehen ihnen nahe, darunter der Arbeits-, Justiz-, Innen-, Gesundheits- und Handelsminister. Banzer ist außerdem Präsident des *neugegründeten Staatsrates*, der die Richtlinien der Regierung festlegen soll.

Die Wandlung Banzers vom Diktator und General zum demokratisch gesonnenen zivilen Politiker wird von den bolivianischen Demokraten zwar mit Skepsis gesehen; der Prestigeverlust Paz Zamoras und seiner bisher anti-oligarchischen Mitte-Links-Partei (Mitglied der Sozialistischen Internationale) ist indes ungleich höher. Eine seiner ersten Äußerungen nach der Amtsübernahme: Er werde keine „traumatisierenden Veränderungen“ in der liberalen Wirtschaftspolitik vornehmen, diese lediglich um einige soziale Verbesserungen ergänzen. Damit reagierte der neue Präsident auf die Unruhe auf den Finanzmärkten und die massive Rücknahme von Bankeinlagen gleich nach Bekanntwerden seiner Rechts-Links-Koalition.

Sozialpolitische Korrekturen an der ausschließlich marktorientierten Wirtschaftspolitik sind allerdings dringend notwendig, wenn die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung nicht weiter in die Verelendung treiben soll. Die wirtschaftliche Konsolidierung nach neoliberalen Muster vollzog sich zwangsläufig *auf Kosten der breiten Mehrheit*, d. h. der armen Bevölkerungsschichten. Die statistischen Grunddaten weisen das Land als wirtschaftlich selbst für lateinamerikanische Verhältnisse extrem unterentwickelt aus: Bolivien hat mit 53 Jahren die niedrigste Lebenserwartung der lateinamerikanischen Länder und (mit Haiti) die höchste Säuglingssterblichkeit (130 von 1000 – nach Angaben der katholischen Bischöfe 260 von 1000 – sterben vor Vollendung des ersten Lebensjahres; 37 von 1000 erreichen das 4. Lebensjahr nicht); die Zahl der Mütter,

die im Kindbett sterben (48 von 10 000), liegt zehnmal höher als im Nachbarland Chile. 45 Prozent der Bolivianer sind chronisch unterernährt. 37 Prozent der Kinder besuchen überhaupt keine Schule; von hundert eingeschulerten Kindern beenden nur 30 die Grundschule. Die Alphabetenrate liegt bei 70 Prozent. Das *Jahres-Pro-Kopf-Einkommen* Boliviens betrug 1988 475 US-Dollar (zum Vergleich: Haiti – 350 Dollar; Kolumbien und der lateinamerikanische Durchschnitt: 1400 Dollar). 60 Prozent der Bolivianer leben unterhalb der Armutsgrenze. Ihr monatliches Einkommen liegt unter 48,6 Dollar; nur 6 Prozent verdienen mehr als 400 Dollar im Monat. Zwischen 1980 und 1986 sanken die Reallöhne um 47 Prozent. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 27 Prozent.

Produktionsstörungen im Agrarsektor

Die *wirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen Paz Estensoros* verschlimmerten die Situation: Die Entlassung von 25 000 Arbeitern im immer unrentabler werdenden Zinnbergbau, von 15 000 Angestellten der öffentlichen Verwaltung und 4000 Beschäftigten im Gesundheitswesen; das Einfrieren der Gehälter, die Senkung des Mindestlohns auf 27 Dollar monatlich, die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben um durchschnittlich 15 Prozent im Erziehungs- und Gesundheitssektor. Die Öffnung des bolivianischen Marktes (zum Beispiel durch Senkung der Importsteuer von 90 auf 20 Prozent) führte dazu, daß heute das Warenangebot beinahe westeuropäischen Standard hat, aber für das Gros der Bevölkerung unerschwinglich ist. Entsprechend stieg der Anteil des Sozialprodukts im Handels- und Dienstleistungssektor auf 60 Prozent (Zuwachsrate 1988: + 7), während die Güterproduktion von 70 Prozent auf 40 Prozent sank (Zuwachsrate 1988: + / – 0).

Besonders schlecht steht es um den *Agrarsektor* (Zuwachsrate 1988: – 1,1 Prozent). Auf ihn entfielen nur 20 Prozent des Bruttosozialprodukts, obwohl 55 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben. Bolivien muß heute Milch, Fleisch und Getreide einführen, finanziert mit Krediten aus den USA, der EG und Argentinien. Nach Auffassung des katholischen Sozialinstituts SENPAS (Nationalsekretariat für Sozialpastoral) wirkt sich auch die stetig gestiegene Nahrungsmittelhilfe (Schenkungen) der USA, in geringerem Umfang der EG und Kanadas, produktionsenkend aus. Diese Nahrungsmittelhilfe entsprach 1986 bereits 40 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion Boliviens. Knapp Zweidrittel davon stammen aus den USA, die gemäß dem „Public Law 480“ wegen der kostenintensiven Lagerung Nahrungsmittelüberschüsse mit der Auflage abgeben, daß sie in Bolivien unter Marktpreis verkauft werden und der Erlös in Entwicklungsprogramme zur Förderung der Landwirtschaft investiert wird. Im Gegenzug der freien Marktwirtschaft zeigen sich dann Entwicklungen wie die, daß etwa die Quinoa, eine Gerstenart mit hohem Proteingehalt und ein traditionelles Grundnahrungsmittel der Hochlandindianer, heute als gefragtes Exportprodukt

(für die USA) in Bolivien teurer ist als etwa Reis. Selbst Agrarprodukte aus Chile oder Peru werden billiger angeboten als die einheimischen.

Wer will es den Campesinos in diesem wirtschaftspolitischen Rahmen verübeln, so SENPAS, wenn sie nur für den Eigenbedarf produzieren, also *Subsistenzwirtschaft* betreiben – oder dazu übergehen, Koka anzubauen. Ohne diesen gewinnträchtigen informellen Wirtschaftssektor (ein zweiter ist der Schmuggel mit einem geschätzten Volumen von 150 Millionen Dollar jährlich) wäre die Lage noch weit schlimmer und die Austeritätspolitik kaum zu verwirklichen gewesen. Bolivien baute in den letzten Jahren jährlich Koka im Endverkaufswert von mehr als 5 Milliarden Dollar an. Die traditionelle Anbaufläche für den Eigenbedarf – die Indianer des Andenhochlands kauen Koka-Blätter gegen Hunger, Höhenkrankheit und andere Lebensnöte – betrug 15 000 ha; heute sind es 70 000 ha, die etwa 40 Prozent des amerikanischen und europäischen „Bedarfs“ decken.

Abhängigkeit vom Koka-Anbau

Für ein Quintal (35 kg) Koka-Blätter, etwa die Tagesernte eines Pflückers, erhält der bolivianische Campesino derzeit durchschnittlich 45 Dollar; für das anstrengende und ungesunde Koka-Stampfen (das Zermahlen mit Kerosin zu dem Vorprodukt der Koka-Paste), ein begehrter Job für Arbeitslose und Gelegenheitsarbeiter, gibt es zwischen 5 und 10 Dollar pro Tag. Zum Vergleich: der landwirtschaftliche Pro-Kopf-Ertrag in einer der Anbauprovinzen liegt – ohne Koka-Ertrag – bei *jährlich* 47 Dollar. Die chemische Aufbereitung der überwiegend in Privatflugzeugen geschmuggelten Paste erfolgt in Kolumbien; von dort aus wird auch der eigentliche Handel organisiert. Der bolivianische Gewinnanteil einer Jahresproduktion (bei drei bis vier Koka-Ernten im Jahr) wird auf mindestens 1,5 Milliarden Dollar geschätzt und nähert sich dem Gesamtexportvolumen des Landes (vor allem Erdgas, Zinn). Seitdem die Zentralbank ganz legal (nach Artikel 140 des Wirtschaftsdekretes 2.1060) die Narco-Dollars wäscht, bleibt ein beträchtlicher Teil der Gewinne im Land, wird wie in Kolumbien in Landkäufe etc. investiert. 70 000 bolivianische Familien, das sind etwa 350 000 Personen, leben vom Koka-Anbau (Gernot Volger, Lateinamerika in der Dauerkrise, Berlin 1989). Dem Londoner „Economist“ zufolge verdienen insgesamt fast 20 Prozent der aktiven Bevölkerung Boliviens direkt oder indirekt am Drogengeschäft.

Entsprechend schwer tut sich die alte wie die neue bolivianische Regierung mit der Einlösung ihrer Zusagen an die US-amerikanische *Drogenbekämpfungsbehörde* DEA. Auf Verlangen der USA soll die Anbaufläche für Koka drastisch verringert werden; die Regierung Paz Estenssoro erklärte sich im Prinzip dazu bereit und erstellte einen entsprechenden Drei-Jahres-Plan. Danach soll der freiwillige Verzicht auf den Koka-Anbau in den neuen Anbaubieten, die als illegal bezeichnet werden, mit 2000

Dollar pro Hektar Entschädigung belohnt werden. Nach Ablauf der Fristen sieht der Plan die Vernichtung der restlichen Anpflanzungen vor. Als begleitende Maßnahmen sollen öffentliche Mittel zur Förderung alternativer Anbauprodukte und zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in Höhe von 190 Millionen Dollar aufgebracht werden.

Merkwürdigerweise setzt der Plan auffallend starke *moralisierende Akzente*: Drogenhandel und Kokainkonsum („mit den Begleiterscheinungen der Beschaffungskriminalität und der Prostitution“) werden als auszumerzendes Übel für das Volk bezeichnet, obwohl der Kokainkonsum (im Gegensatz zu den Billigdrogen der Armen, vor allem der Kinder, Klebstoff und Benzin) in Bolivien noch kaum eine Rolle spielt. So heißt es, Bauern, die ihre Koka-Felder vernichtet hätten, könnten sich dank der Entschädigung in die bolivianische Gesellschaft „reintegrieren“ und ein neues Leben beginnen.

SENPAS wirft der Regierung vor, der Plan gehe das Drogengeschäft *isoliert von den schweren sozialen Problemen des Landes* an. Ausgerechnet das schwächste Glied der Kette, der Koka-Campesino, werde kriminalisiert, während der weit gewinnträchtigere Handel der „informellen Wirtschaft“ zugerechnet und nicht kontrolliert werde. Der Rauschgift-Boom sei kein Problem an sich, sondern decke die bestehenden auf. Kritik übt das SENPAS-Institut auch an der „interventionistischen“ Politik der USA. Das Übel des Rauschgiftkonsums dort rechtfertige nicht automatisch „repressive Maßnahmen“ in einem anderen souveränen Staat. Die amerikanische DEA hatte vor etwa drei Jahren begonnen, die – bis zur Größe eines halben Hektars auf Satellitenbildern lückenlos registrierten – Koka-Felder von Hubschraubern aus mit Chemikalien zu vernichten, dies aber nach Protesten und weitreichendem Zusagen der bolivianischen Regierung wieder aufzugeben. SENPAS fürchtet zudem, daß die geheimen Zusatzartikel des nationalen Drogenbekämpfungsprogramms weitere Konzessionen an die USA beinhalten könnten. Für problematisch hält das kirchliche Institut auch die ständige *Verquickung von Antidrogen- und Antiguerilla-Kampf* seitens der Vereinigten Staaten und erst recht seitens der bolivianischen Armee. Jeder in Bolivien wisse, daß die *Drogen-Mafia* Regierungsmitglieder, Behörden, Polizei und Zoll bestechen und dagegen könne von Washington zugesagtes oder bereits geliefertes militärisches Ausrüstungsmaterial nicht viel ausrichten.

Bisher ist der bolivianische Drogenbekämpfungsplan ohnehin noch weit von seiner Umsetzung entfernt. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation kann die Regierung Paz Zamora kaum ernsthaft an seine Verwirklichung denken. Nicht nur in Mafia-Kreisen stellt man sich indes sehr wohl die Frage, wieso eigentlich das in der westlichen Welt über moralische Kriterien hinweg regierende Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht gelten soll, wenn es einmal ein Dritte-Welt-Land begünstigt. Erstes Glied der Kausalkette sei nicht der Koka-Pflanzer, sondern die pathologische, selbstzerstörerische Sucht von

Millionen Menschen in den reichen Industrienationen. Zudem müßte auch die DEA wissen, daß auf die diskreten Konten in den USA und in Europa auch dann noch Narco-Dollar fließen werden, wenn – in fünf bis zehn Jahren – synthetisch hergestellte Drogen das Kokain auf dem Markt abgelöst haben.

Die Kirche setzt auf Bewußtseinsbildung

Die katholische Kirche argumentiert anders: die wünschenswerte Eliminierung des Koka-Anbaus dürfte die Armen des Landes nicht zusätzlich treffen. Sie propagiert *alternative Anbaumöglichkeiten*, wohl wissend, daß diese trotz subventionierender Maßnahmen nur einen Bruchteil des Ertrags bringen werden. Das arme Bolivien ist ungleich stärker vom Drogengeschäft abhängig als die diversifizierteren Volkswirtschaften Kolumbiens oder Perus. Fast alle Länder Lateinamerikas sind jedoch in den 80er Jahren der Verelendung näher gekommen, wenn man den Lebensstandard der unteren und mittleren Schichten zugrundelegt. Da reagiert die lateinamerikanische Kirche empfindlich, wenn etwa die USA den Campesinos empfehlen, Kaffee statt Koka anzubauen und gleichzeitig die langjährigen Garantien für die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt zu Fall bringen.

In Bolivien setzt die Kirche auf *Bewußtseinsbildung unter den Campesinos*. Anders als die Bischöfe Kolumbiens ist der bolivianische Episkopat (39 Mitglieder, davon 17 Nichtbolivianer) stark sozial engagiert. Er ist ein geschätzter Vermittler bei politischen und sozialen Konflikten, wie im Fall der ehemals starken, heute durch interne Streitigkeiten geschwächten Gewerkschaft der Minenarbeiter. Die Bischöfe geben Volksorganisationen und Kooperativen Rückendeckung, die bei der Oberschicht und der Armee nach wie vor dem Kommunismusverdacht ausgesetzt sind, obwohl die staatliche Repression in den letz-

ten Jahren unter den zivilen Regierungen nachgelassen hat. Für die arme Mehrheit der Bevölkerung ist die Kirche die einzige gesellschaftliche Kraft, die auf ihrer Seite gegen die chronische Unterentwicklung des Landes kämpft. Daß ihr Personal (800 Welt- und Ordensgeistliche) und ihre materiellen Mittel bei weitem nicht ausreichen, zeigt sich an dem *Zulauf zu fundamentalistischen Sekten*, mit deren finanzieller wie personeller Ausstattung die katholische Kirche nicht konkurrieren kann. Innerhalb von 6 Jahren, so der Erzbischof von La Paz, *Luis Sainz OFM*, seien nahezu 20 Prozent der Bevölkerung zu den Sekten übergewechselt. „Sie lassen sich dort taufen, weil die Sekten mit Hilfe der USA ihnen Schulbildung, genug zu essen, Medikamente und Kleidung für die Kinder verschaffen.“

Der wachsende Einfluß der Sekten schwächt die katholische Kirche, die mit ihrer Sozialpastoral im Gegensatz zu den „unpolitischen“ Sekten die ganzheitliche Befreiung des Menschen im Blick hat und damit auch auf *mittel- und langfristige gesellschaftliche Veränderungen* setzt. In ihrer letzten größeren sozialpolitischen Erklärung vom Mai 1987 würdigte die Bischofskonferenz die Fähigkeit des bolivianischen Volkes, das mehr als 50 Prozent Indianer der Stämme Quechua und Aymara zählt, „zu anhaltendem Leiden“ (Weltkirche 7/1987, S. 212). Und der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof *Julio Terrazas* von Oruro, bot Papst Johannes Paul II. bei dessen Bolivienbesuch im vergangenen Mai (vgl. HK, Juni 1988, 265 f.) den „Reichtum unseres Leidens“ an. Dies kann aus christlicher Sicht nicht zynisch gemeint sein. Nach einigen Jahren erfolgreicher, aber sozial rücksichtsloser wirtschaftlicher Sanierung, so fordert die Kirche, müßte die neue Regierung jetzt deutliche soziale Akzente zu setzen versuchen. Das wird nicht ohne Hilfe von außen gehen. Helfen – und zwar mit langfristiger struktureller Entwicklungshilfe – könnten, weil nur sie über die nötigen Mittel verfügen, die westlichen Industrienationen.

Gabriele Burchardt

Kurzinformationen

Johannes Paul II. ruft zu neuer Solidarität angesichts der ökologischen Krise auf

In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1990, der unter dem Motto „Friede mit Gott dem Schöpfer – Friede mit der ganzen Schöpfung“ steht, weist der Papst auf die *ethische Dimension der ökologischen Krise* hin. Die Achtung vor dem Leben und an erster Stelle vor der Würde der menschlichen Person sei „fundamentale inspirierende Norm eines gesunden wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlichen Fortschritts“. Es gelte die Ordnung des Kosmos zu respektieren und die Früchte der

Erde allen zugute kommen zu lassen. Johannes Paul II. spricht sich für ein „Verwaltungssystem der Ressourcen der Erde“ aus, „das auf internationaler Ebene besser koordiniert ist“. Die Notwendigkeit einer konzertierten Aktion auf internationaler Ebene vermindere aber nicht die Verantwortung der einzelnen Staaten. Es brauche eine neue Solidarität, besonders in den Beziehungen zwischen den *Entwicklungsländern* und den hochindustrialisierten Ländern: „Die Staaten müssen sich immer solidarischer zeigen und sich einander ergänzen, indem sie gemeinsam die Entwicklung einer natürlichen, sozial friedlichen und gesunden Umwelt fördern.“ Ökologisches Gleichgewicht,